

● ● ● ● Der Kreistag



HESSENS MITTE • WISSEN
WIRTSCHAFT & KULTUR

Kreisgremien und
Öffentlichkeitsarbeit
Anette Herzberger
Gebäude F, Raum F208
Riversplatz 1-9
35394 Gießen
Telefon 0641/9390-1829
anette.herzberger@lkgi.de
www.lkgi.de

Az.: 91 000-242

Gießen, den 29. September 2015

NIEDERSCHRIFT

**über die 24. Sitzung des Kreistagsausschuss für Soziales, Jugend, Frauen,
Integration, Gesundheit und Ehrenamt des Landkreises Gießen
am 23. September 2015
Konferenzraum 1, Zimmer Nr. F212, Riversplatz 1-9, 35394 Gießen**

Zu dieser Sitzung wurde mit Einladungsschreiben vom 14. September 2015
eingeladen.

Es sind anwesend:

Ausschussmitglieder

Isabel de Jesus Domicke
Elisabeth Langwasser
Maren Müller-Erichsen
Dr. Gerhard Noeske
Dr. Irfan Ortac
Birgit Otto
Anne Sussmann
Ellen Volk
Klaus Döring
Claudia Zecher

Kreistagsabgeordnete
stv. Ausschussvorsitzende
stv. Ausschussvorsitzende
Kreistagsabgeordneter
Kreistagsabgeordneter
Kreistagsabgeordnete
Kreistagsabgeordnete
Kreistagsabgeordnete
Kreistagsabgeordneter
Ausschussvorsitzende

i.V. für Norbert Weigelt

beratende Ausschussmitglieder

Maria Alves
Herr Reinhard Hamel
Paul Otto Rommel
Sylke Schäfer
Tim van Slobbe

Kreisausländerbeiratsmitglied
Kreistagsabgeordneter
Kreistagsabgeordneter
Kreistagsabgeordnete
Vorsitzender des Kreisausländerbeirats

Ältestenrat

Karl-Heinz Funck
Peter Pilger
Matthias Knoche
Horst Nachtigall
Günther Semmler

Kreistagsvorsitzender
stv. Kreistagsvorsitzender
Fraktionsvorsitzender
Fraktionsvorsitzender
Fraktionsvorsitzender

Kreisausschuss

Anita Schneider
Dirk Oßwald

Dirk Haas

Johann Gottfried Hecker

Silva Lübbers
Gottfried Schneider

Landrätin
hauptamtlicher
Kreisbeigeordneter
Kreisbeigeordneter (mit
Dezernat)
Kreisbeigeordneter (mit
Dezernat)
Kreisbeigeordnete
Kreisbeigeordneter

Verwaltung

Rainer Brück

Schriftführer

Entschuldigt:

Norbert Weigelt, Kreistagsabgeordneter

1. Eröffnung und Begrüßung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 16.35 Uhr. Sie begrüßt die anwesenden Vertreter der Wohnungsbaugesellschaften, auch der Wohnbau Gießen, die interessierte Öffentlichkeit sowie die Vertreter der Presse sowie weitere Mitarbeiter der Verwaltung

Anschließend stellt sie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest und leitet zu TOP 2 über.

2. Berücksichtigung von energetischer Sanierung bei den Kosten der Unterkunft (KdU)

2.1. Bericht über die IWU-Studie

Das Wort hat Herr von Malottki vom Institut Wohnen und Umwelt (IWU). Die Studie der IWU zur Angemessenheit der Heizung in den Kosten der Unterkunft war der Einladung zu der Sitzung beigelegt. Zu den Einzelheiten wird darauf verwiesen.

Mittels power-point-Präsentation erläutert er die Studie anschaulich und stellt sich den anschließenden Fragen den Plenums.

Die Grundfrage ist, wie stehen Miete und Heizkosten zueinander, wenn eine Wohnung energetisch saniert wird. Zwar wird die Sanierung auf den Mieter umgelegt und erhöht die Miete. Gleichzeitig sinken die Kosten für

Heizung. Dies ist für die Sozialämter und Job-Center in Einklang mit den angemessenen Unterkunftskosten insgesamt zu bringen.

Hier kommt dann die Variante des Klima-Bonus ins Spiel. Verschiedene Rechenspiele zur Berechnung des Vorteils sind der Studie zu entnehmen.

Der Befragung lagen rund 1.000 Einzelfälle zugrunde, die Grafiken zeigen die Diskrepanzen. Das ganze muss so ausgestaltet sein, dass es in das gesamte schlüssige Konzept passt. Dabei muss es zusätzlich gerichtsfest sein. Entscheidungen der Gerichte zu diesem Thema gibt es noch kaum,

Wie dieser Bonus in der täglichen Arbeit gestaltet werden soll (z. B. als Abschlag zur Miete), muss dann letztendlich die Politik entscheiden

In diesem Zusammenhang stellt der Vertreter der Wohnbau das Konzept vor, wie seine Gesellschaft mit diesem Problem in der Zukunft umgehen will.

Fragen aus dem Plenum gibt dann nicht mehr.

Die Vorsitzende stellt fest:

Der Kreistagsausschuss hat den Bericht entgegengenommen.

2.2.	Berücksichtigung von energetischer Sanierung bei den Kosten der Unterkunft (KdU); hier: Antrag des Kreistagsabgeordneten Reinhard Hamel (Linkes Bündnis) vom 24. Januar 2014 (Vorlage. Nr. 0832/2014)
------	--

Die TOP`s 2.1.und TOP`s 2.2.hängen eng miteinander zusammen. Das Protokoll hat demnach vieles bereits zu 2.1 erfasst.

Allerdings gibt es hier einen Initiativantrag -Berücksichtigung von energetischer Sanierung bei den Kosten der Unterkunft von SPD, Bündnis 90 Die Grünen und Freien Wählern-. Der Initiativantrag ist zu Sitzungsbeginn verteilt worden.

Kreistagsabgeordneter Knoche stellt im Namen der KOA den Antrag näher vor:

Hier soll eine Marschrichtung vorgegeben werden, welche Auswirkungen die IWU-Ansätze in der Verwaltungspraxis bringen werden. Im Einzelnen wird auf den Inhalt des Antrages hingewiesen. Als konkreter Zeitpunkt wird der 01.01.2016 benannt.

Letztendlich soll dieser Initiativantrag den Hauptantrag des Linken Bündnisses überflüssig machen.

Die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW ändern ihren Antrag wie folgt:

- Im ersten Satz werden die Worte „zum 01.01.2016“ ersetzt durch das Wort „zeitnah“.
- Nach dem ersten Satz wird folgender Satz eingefügt:

„Eine erste Berichterstattung zur erfolgten Einführung erfolgt in der ersten Sitzungsrunde 2016.“

Kreistagsabgeordneter Reinhard Hamel bittet darum, seinen Hauptantrag 0832/2014 weiter im Geschäftsgang zu belassen.

An der nun folgenden Aussprache beteiligen sich die Kreistagsabgeordneten Dr. Gerhard Noeske, Peter Pilger sowie der Kreistagsabgeordnete Günter Semmler.

Kreistagsabgeordneter Reinhard Hamel kritisiert den Antrag als zu unverbindlich und zeitlich zu unkonkret. Hier werde eine Entscheidung, die letztlich nichts kosten soll, bis nach den Kommunalwahlen hinausgeschoben und das auf Kosten der Bürger.

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Dirk Oßwald nennt den konkreten Zeitablauf bis zu einem endgültigen Ergebnis, bis Mai/Juni 2016 soll dies geschehen sein. Der Ausschuss wird in seiner Dezember-Sitzung ein Zwischenergebnis erhalten.

Die Vorsitzende lässt dann über den geänderten Initiativantrag abstimmen:

Abstimmung: Zustimmung (einstimmig)
Abstimmung über den Hauptantrag: keine Abstimmung

3. Neuerstellung eines schlüssigen Konzepts zu Kosten der Unterkunft; hier: Bericht der Verwaltung

Die Unterlagen zu der Sitzung waren der Einladung zu der Sitzung beigefügt.

Herr Jörg Koopmann von der Firma Analyse & Konzepte ist als Gastredner eingeladen. Die einladenden Worte spricht die zuständige Fachdienstleiterin, Frau Marita Seibert.

Herr Koopmann erläutert zunächst, wie seine Firma vom Ansatz her bei der Erfassung vorgeht. Dazu gehört vor allem, wie, wo und in welcher Anzahl Bestandsmieten erhoben werden und wie aktuell diese sind.

Sein Unternehmen habe schon einschlägige Erfahrungen auf diesem Gebiet in anderen Städten gemacht. Teilweise seien diese zwischenzeitlich von den Sozialgerichten in Form und Höhe akzeptiert worden.

Zwischenfragen des Kreistagsabgeordneten Reinhard Hamel und des Vorsitzenden des Ausländerbeirates, Tim van Slobbe, gehen in die Richtung, welcher Zeitraum der Bestandserhebung zugrunde gelegt wird. Seien Mieten erfasst worden, die älter als 4 Jahre alt sind?

Kreistagsabgeordneter Reinhard Hamel weist zusätzlich auf die Besonderheit der Wohnbaumieten im Stadtbezirk Gießen hin. Die Fragen wurden von der Fachdienstleiterin Marita Seibert und dem Referenten beantwortet.

Die Rechtsprechung habe noch nicht entschieden, ob Mieten, die älter als 4 Monate seien, einem solchen Konzept entgegenstehen.

Frau Marita Seibert berichtet aus ihrer Erfahrung von Seiten des Job-Centers und des Sozialamtes.

Einigkeit besteht darin, dass das neue Heizkostenkonzept in dieses endgültige „schlüssige Konzept“ einzubringen ist.

Verwiesen wird in diesem Zusammenhang auf den Zeitplan des Dezernenten vom 14.09.2015, der als Anlage der Einladung zu dieser Sitzung beigefügt war. Der Ausschuss wird zeitnah über die einzelnen Schritte informiert.

Die Vorsitzende stellt fest:

Der Kreistagsausschuss hat den Bericht entgegengenommen.

4. Gesundheitsmonitoring im Landkreis Gießen; hier: Aussprache und weiteres Vorgehen

Der umfangreiche Bericht war der Einladung zur Sitzung des Kreistagsausschusses für Soziales, Jugend, Frauen, Integration, Gesundheit und Ehrenamt am 29. April 2015 beigefügt. Die ursprünglich eingeladenen Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe und Christina Bräutigam hatten sich zu der Sitzung entschuldigt.

Den Referentenpart übernimmt dann Frau Dr. Häuser vom Fachdienst Gesundheit. Sie berichtet zunächst über den „Arbeitskreis häusliche Zahnpflege“. Anhand einer power-point-Präsentation geht sie auf die wesentlichen Punkte des Programmes ein. Ein teilweise erschreckendes Bild geben die Zahlen zur Zahngesundheit bei Kindern in den Kindergärten ab. Hier wird Zahnpflege nur unzureichend und teilweise überhaupt nicht gelehrt und praktiziert.

Frau Dr. Häuser regt die Ausschussmitglieder an, direkt vor Ort ihren Einfluss geltend zu machen. Fragen zur Einschaltung der Fachaufsicht

trat Hauptamtlicher Kreisbeigeordner Dirk Oßwald entgegen: von Seiten des Kreises bestehe keine rechtliche Handhabe, hier einzuschreiten. Frau Dr. Föllner-Gaudier geht dann auf das Prozedere bei den Einschulungsuntersuchungen ein. Auch hier gibt es im Einzelfall Probleme. Die statistische Erfassung funktioniere dagegen vollständig und einwandfrei.

Auf eine Frage des Vorsitzenden des Ausländerbeirates, Tim van Slobbe, ob die Erfassung der jeweiligen Kenntnisse der deutschen Sprache überhaupt notwendig sei, entspinnt sich eine rege Diskussion.

Frau Dr. Föllner-Gaudier ist der Meinung, eine Erfassung der deutschen Sprache sei ein maßgeblicher Träger der Statistik, da davon oft das weitere Vorgehen im Einzelfall abhängt.

Der Ausschuss erkennt zu diesem Bericht noch Informationsbedarf. Es wird verabredet, dieses Thema nochmals zeitnah auf die Tagesordnung zu nehmen. Dann stünden auch die heute entschuldigten Maier-Gräwe und Christiane Bräutigam zur Verfügung.

5. Jobcenter: Sanktionen aussetzen!; hier: Antrag der Gruppe Linkes Bündnis/Die Linke vom 8. Juni 2015 (Vorlage Nr. 1186/2015)
--

Der Antrag beschäftigt den Ausschuss schon länger.

Das Wort erhält Frau Landrätin Anita Schneider, die sich bereit erklärt hatte, bei den Gremien des Job-Centers entsprechen nachzufragen.

Weder die Geschäftsführung noch die Trägerversammlung ist von sich aus berechtigt, Sanktionen anzuordnen. Dies obliegt allein dem Gesetzgeber. Aus dem Ausschuss werden nun Stimmen laut, der Antrag sei somit gar nicht zulässig. Er entpuppe sich als Luftnummer.

Der Kreistagsabgeordnete Reinhard Hamel wird sowohl von dem Kreistagsabgeordneten Peter Pilger als auch dem Kreistagsvorsitzenden Karl-Heinz Funck angeregt, den Antrag zurück zu ziehen.

Dieser weigert sich. Er könne ja den Antrag noch bis zu Kreistagssitzung zurücknehmen.

Die Vorsitzende lässt dann über den Ursprungsantrag abstimmen:

Der Kreistagsausschuss für Soziales, Jugend, Frauen, Integration, Gesundheit und Ehrenamt gibt folgende Beschlussempfehlung ab:

Ablehnung: einstimmig

6. Bericht der Verwaltung zur Situation in der Flüchtlingsbetreuung

Das Wort hat der Dezerent und Hauptamtliche Kreisbeigeordnete Dirk Oßwald.

Er berichtet von der Arbeit in der Arbeitsgruppe und verweist auf den Zwischenbericht von ZAUG und „Integration move“.

Weiterhin Thema ist die Erhöhung des Personalbestandes im Bereich des Teams Asyl. Die Wohngeldstelle zieht zum 01.10.2015 um, dann entsteht dort auch mehr Platz.

In Arbeit sei der Nachtragsplan, da stellenplanmäßig nachgesteuert werden muss. Im Übrigen verweist er auf die Richtlinien, die der Kreistag mittlerweile verabschiedet hat. Diese greifen jetzt.

Zu den Richtlinien gibt es noch Fragen des Kreistagsabgeordneten Dr. Irfan Ortac, die soweit möglich vom Dezerenten beantwortet werden.

Frau Landrätin Anita Schneider teilt mit, dass mittlerweile mehr und mehr Syrer im Bereich des SGB-II gelandet sind, was eine gewisse Entspannung bringt.

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Dirk Oßwald berichtet von aktuellen Zahlen des RP über weitere Zuweisungen, die die Erwartungen noch übertreffen. Zur Zeit sind es 45 pro Woche.

Kreistagsabgeordneter Dr. Gerhard Noeske fragt, inwieweit der Kreis die Betreiberpflichten kontrolliert und ob Verstößen nachgegangen wird.

Auch hier erkennt der Ausschuss noch weiteren Informationsbedarf, diese Thematik soll auf der nächsten Sitzung nochmals zum TOP gemacht werden.

7. Mitteilungen und Anfragen

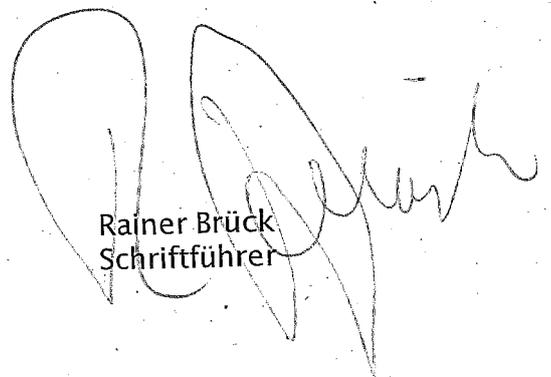
Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Dirk Oßwald verweist noch auf einige kulturelle Veranstaltungen in Zusammenhang mit dem Thema „Asyl“. Hier wird Näheres noch bekannt gegeben.

Weitere Wortmeldungen gibt es dann nicht mehr.

Ausschussvorsitzender Claudia Zecher schließt die Sitzung des Kreistagsausschusses für Soziales, Jugend, Frauen, Integration, Gesundheit und Ehrenamt um 19.15 Uhr.



Claudia Zecher
Ausschussvorsitzende



Rainer Brück
Schriftführer